

PROTOKOLL

über die Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 29. Mai 2008
um 19:30 Uhr im Sitzungssaal 2. Stock.

Anwesende:

Herr Bürgermeister Ing. Johann Mühlbacher
Herr Vizebürgermeister Franz Gschaider
Herr GR. Harald Humer
Herr GR. Roman Schörghofer
Herr GR. Georg Auer
Herr GR. Hermann Frauenlob
Herr GV. Christoph Canaval
Frau GV. Brigitte Költringer
Herr GV. Kurt Hofer
Herr GV. Vinzenz Schmid
Herr GV. Johann Dürnberger
Herr GV. Franz Luginger
Herr GV. Günther Nöhmer
Herr GV. Ing. Stefan Köpfelsberger
Herr GV. Anton Luginger
Frau GV. Helene Dürnberger

Entschuldigt:

Herr GR. Heimo Leypold
Herr GV. Ing. Wolfgang Dürnberger
Herr GV. Markus Fink

Schriftführer: Andreas Pirner

TAGESORDNUNG

1. Fragestunde der Gemeindebürger
2. Genehmigung des Protokolls vom 27. März 2008
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Jahresrechnung für das Jahr 2007
5. Neubestellung Amtsleiter im Gemeindeamt
6. Freigabe des Aufschließungsgebietes auf GP 2811/1, KG. Anthering;
(Franz Hauser, Bahnhofstraße 21)
7. Grundsatzbeschluss Kostenübernahme Tagesbetreuung Senioren in Oberndorf
8. Vergabe der Wohnungen beim Betreuten Wohnen;
Ermächtigung des Wohnungsvergabeausschusses
9. Berichte aus den Ausschüssen
10. Allfälliges

Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und gibt bekannt, dass die Tagesordnung mit der Einladung zugegangen ist. Einwendungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Der Bürgermeister geht daher in diese ein.

Zu Punkt 1.)

Zum Tagesordnungspunkt „Fragestunde der Gemeindebürger“ erfolgt keine Wortmeldung.

Zu Punkt 2.)

Zur Frage des Bürgermeisters, ob das Protokoll vom 27. März 2008 verlesen werden soll, wird von den Fraktionen festgestellt, dass dies nicht notwendig ist, weil Gleichschriften an die Mitglieder der Gemeindevertretung zugestellt wurden.

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob es Einwendungen zum gegenständlichen Protokoll gibt, erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Bürgermeister stellt daher fest, dass das Protokoll vom 27. März 2008 als genehmigt gilt.

Zu Punkt 3.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an den Vizebürgermeister. Dieser übernimmt den Vorsitz und bittet den Bürgermeister um seinen Bericht.

Der Bürgermeister berichtet:

- a) Am 8. April 2008 wurde im Heffterhof Salzburg der Salzburger Gemeindetag 2008 mit der Verbandsversammlung des Salzburger Gemeindeverbandes abgehalten. Inhalt war u.a. der Rechnungsabschluss 2007 und Voranschlag 2008, sowie die aktuelle Entwicklung im Zahlungsverkehr und auf den Finanzmärkten.
Der Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes Bürgermeister Helmut Mödlhammer berichtet über eine deutliche Erhöhung der Ertragsanteile in den ersten Monaten des Jahres 2008.
- b) Am 25. April 2008 wurde in Großmain die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Salzburg Stadt und Umlandgemeinden mit Wahl der Verbandsorgane abgehalten. Als Obmann konnte Dr. Heinz Schaden wiedergewählt werden. Das Salzburger Institut für Raumplanung übersiedelt nach Itzling, eine eigene Homepage ist geplant. Weiterer Tagesordnungspunkt war die Abstimmung von Grünflächen der Stadt mit dem Regionalprogramm.
- c) Die Vorstellung von Herrn Erich Rizner gegen den Bescheid der Gemeindevorstehung bezüglich Vorschreibung der Kanalanschlussgebühr, wurde abgewiesen.
- d) Am 11. April fand in St. Johann i. Pongau eine Informationsveranstaltung des Familienreferates des Amtes der Salzburger Landesregierung statt, in der einige Audit – Gemeinden als „familienfreundlich“ ausgezeichnet wurden. Anthering war ebenfalls bei den ausgezeichneten Gemeinden.
- e) Die Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung hat am 29. April eine mündliche Verhandlung in Angelegenheit:
 - Verordnung des Ortsgebietes „Lehen
 - Verordnung eines Schutzweges im Bereich Kreuzung Stainachstraße
 - Verordnung des Geh- und Radweges zwischen Anthering und Großlehen nach Fertigstellung

- Rückbau des derzeit bestehenden Gehsteiges abgehalten.

Vom zuständigen Amtssachverständigen wurde angeraten eine Verkehrsinsel anstelle eines Schutzweges zu errichten – dies ist jedoch durch den benötigten Schleppradius der LKWs der Fa. Zaltech nicht realisierbar und es steht auch nicht der hierfür benötigte Grund zur Verfügung. Die Aussichten für den Schutzweg stehen daher nicht schlecht. Eine neuerliche Zählung wird erfolgen. Der Amtssachverständige empfiehlt desweiteren, nach Fertigstellung des Geh- und Radweges entlang der L253, die Busbucht zurückzubauen und die Haltestelle auf die Landesstraße zu verlegen.

Realisierung des Geh- und Radweges ist innerhalb zweier Jahre geplant, der erste Abschnitt heuer soll bis Kroisbachweg reichen und bis zum geplanten Übergang zur Stainachstraße gebaut werden.

- f) Vom Referat 6/24 des Amtes der Salzburger Landesregierung ist die Stellungnahme des verkehrstechnischen Amtssachverständigen vom 24. April zum Ansuchen der Gemeinde auf Geschwindigkeitsbeschränkung zwischen Lehen und dem Ortsgebiet auf 80 km/h übermittelt worden. Der Amtssachverständige stellt fest, dass nach Vorliegen der Auswertung der vom Referat 6/24 durchgeführten Geschwindigkeitsmessung im Zeitraum vom 2. bis 9. August 2007, die Geschwindigkeit auf dem ca. 320m langen Straßenabschnitt von 85% der Autofahrer nicht überschritten wurde, weiters sind in der Unfalldatenbank zwischen 1995 bis einschließlich 2006 keine Unfälle mit Personenschaden angeführt. Aus verkehrstechnischer Sicht sei bei Einhaltung der StVO auf dem übersichtlichen Streckenabschnitt keine Gefahr für die auf dem Gehsteig befindlichen Fußgänger ersichtlich und demzufolge die Kundmachung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 km/h nicht erforderlich.
- g) Die Gemeindeaufsicht der Abteilung 11 hat am 29. und 30. April die Finanzgebarung der Gemeinde Anthering geprüft. Gegenstand der Prüfung waren die Finanzlage sowie das Kassen- und das Buchführungswesen, sowie die Einsichtnahme in den Entwurf der Jahresrechnung 2007. Aus den eingesehenen Quartalsabschlüssen bzw. Jahresabschlüssen der betrauten Banken wurden die Zinserträge bzw. Zinsbelastungen erhoben. Die Ortsgemeinde Anthering verfügte auf den Girokonten im Jahr 2007 über ein durchschnittliches Guthaben von € 66.000,--. Es wurde festgestellt, dass die Haben-Zinssätze mit 1% entgegen der Sollzinsen mit 5 ¼% sehr niedrig sind – entsprechende Verhandlungen mit den Banken sollten geführt werden. Der freie Budgetrahmen, die „Budgetspitze“ beläuft sich lt. Jahresrechnung auf € 274.600,-- oder 5,99% der bereinigten Einnahmen. Die Daten des Darlehensnachweises stimmten mit den eingesehenen Darlehensunterlagen überein, lediglich beim CHF-Kredit lässt sich aufgrund der Kursschwankungen eine eindeutige Übereinstimmung zum 31.12.2007 nicht nachweisen.

Die bestehenden Mietverträge für das Objekt Dorfstraße sollen formell gekündigt werden.

Im Bereich Benützungsgebühr für die Abwasserentsorgung stellt der Prüfer fest, dass eine Gebührenminderung durch z.B. Subzähler für Gartenbewässerung und auch für Betriebe, in denen in Folge Verarbeitung, Verdunstung und Versickerung in erheblichem Umfang mehr Wasser verbraucht wird als im Durchschnitt der übrigen Betriebe, deutliche Mindereinnahmen zu verzeichnen sind.

Die Gemeindeaufsicht stellt fest, dass diese Gebührenminderungen wie auch die Verrechnung der Abwässer mittels Abwasserzähler ausdrücklich als nicht entsprechend den gesetzlichen Vorgaben lt. Benützungsgebührengesetz i.d.g.F. anzusehen sind. Teilweise wurden Zuständigkeiten von Bürgermeister und Gemeindevorstand nicht eingehalten und Beschlüsse an die jeweils höheren Gremien delegiert. Die Geschäftsordnung wurde in Bezug auf den Überprüfungsausschuss wie bei der

letzten Prüfung der Gemeindeaufsicht besprochen, entsprechend geändert.

Der Abschlussbericht der Abteilung 11 folgt im Sommer und wird in der Sitzung der Gemeindevertretung behandelt.

- h) Die Fachabteilung Naturschutzrecht und -förderung des Amtes der Salzburger Landesregierung, lud am 6. Mai zum „dritten Runden Tisch“ betreffend die Bearbeitung des Managementplanes für das „Natura 2000-Gebiet Salzachauen“.

Die von Anthering geforderte Erfassung des Wasserschutzgebiets wird beschlossen.

Aus Sicht des Naturschutzes wurde an Anthering der Wunsch herangetragen, die Entfernung der Wildgatter zu überdenken – Der Bürgermeister weist auf die damit verbundenen Gefahren im Bereich der B 156 durch freilaufendes Wild hin und auf den Umstand, dass diese Maßnahmen nur freiwillig von den Grundstückseigentümern durchgeführt werden können. Der nächste „runde Tisch“ ist Ende Juni, eine Informationsveranstaltung mit den betroffenen Grundeigentümern September/Oktober und eine öffentliche Informationsveranstaltung Oktober/November geplant.

- i) Die Umwelt Service Salzburg – eine Kooperation von der Umwelta Abteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung, des Lebensministeriums und der Wirtschaftskammer Salzburg, bietet im Rahmen eines Mobilitätsmanagements für Städte, Gemeinden und Regionen, einen kostenlosen Gemeindecheck in Verkehrsbelangen im Ausmaß von 12 Arbeitsstunden an.
- j) Am 9. Mai wurde die 109. Sitzung des Reinhaltverbandes Großraum Salzburg abgehalten, Tagesordnungspunkte waren unter anderem der Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2007.
- k) Am 16. Mai fand die 74. Sitzung der Mitgliederversammlung des Wasserbandes Salzburger Becken statt, das Protokoll liegt zur Einsichtnahme auf. Gespräche fanden in diesem Zusammenhang auch bezüglich der Absicht der Gemeinde Anthering auf Senkung der Konsensmenge von derzeit 5 l/sec statt. Die Versorgung der Wassergenossenschaft durch Tiefbrunnen in der Au ist gesichert. (Erhöhung der Konsensmenge von 4 l/sec auf 8l/sec)
- l) Die Bürgermeisterkonferenz am 7. Mai in Seeham hat nach Ausscheiden des bisherigen Vorsitzenden Hemetsberger den Bürgermeister aus Dorfbeuern als neuen Vorsitzenden gewählt. Weiterer Tagesordnungspunkt war der Bericht des Präsidenten des Salzburger Gemeindeverbandes Bgm. Mödlhammer bezüglich der Entwicklung der Ertragsanteile.

Gespräche wurden auch über die neuen bzw. ab sofort ohne Ausnahmen ausgelegten Bestimmungen des Finanzamtes Stadt bezüglich der Schülerbeförderung unter 2 km Entfernung vom Wohnort zur Schule, d.h. die Schülerbeförderung für Strecken unter 2km wird vom Bund nicht mehr bezahlt. Falls Kinder, die einen über 2 km liegenden Schulweg bzw. Weg zum Bahnhof oder Bushaltestelle haben, im Gelegenheitsverkehr befördert werden und noch Platz im Bus ist, können auch Schüler innerhalb dieser 2 km Grenze befördert werden; es dürfen aber keine Mehrkosten entstehen.

Nach ersten Berechnungen des Transportunternehmers Johann Kellerer, wäre durch die gesetzlichen Bestimmungen ein Verlust von ca. einem Drittel, das wäre ca. € 10.000 zu verzeichnen, der durch die Gemeinde bzw. die Eltern abzudecken wäre.

Der Bürgermeister plant eine Versammlung mit den betroffenen Eltern, dem Finanzamt und dem Gemeindevorstand, um die weiteren Schritte zu besprechen.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die Bundesgesetzliche Bestimmung, dass bei einer Betreuung von über 15 Schulkindern im Rahmen der Alterserweiterten Gruppe, eine eigene Schulische Nachmittagsbetreuung einzurichten sei. Die KG-Inspektorin

des Amtes der Salzburger Landesregierung, Frau Monika Baumann, hat dies in einem gemeinsamen Gespräch mit Direktor der VS Anthering, Mag. Andreas Platzer, der Leiterin des Kindergartens Frau Barbara Speil und dem Bürgermeister, mitgeteilt. In diesem Fall würde vom Bund eine zusätzliche Lehrperson gestellt werden und es bestünde wie im normalen Unterricht auch, Anwesenheitspflicht für die betroffenen Schüler. Da einerseits lt. Umfrage in der VS von den Eltern solch eine Schulbetreuung nicht gewünscht wird und andererseits die Flexibilität der derzeitigen Betreuung durch die Gemeinde gewahrt werden soll, wird seitens der Leitung des Kindergartens für das kommende Schuljahr 2008/09 versucht, die Anzahl der Schüler der Schulkindgruppe durch interne Verschiebung auf unter 15 zu reduzieren. Seitens der Abteilung 2/06 des Amtes der Landesregierung wird dann die Förderung in gewohnter Weise genehmigt.

- m) Nach beim Land eingebrachter Vorstellung der Fa. Domus Wohnbau GmbH., wurde der Bescheid der Gemeinde bezüglich der negativen Entscheidung der Genehmigung um von Austauschplänen zur Herstellung von 2 Parkplätzen auf GP 3783/3, aufgehoben und zur neuerlichen Entscheidung an die Gemeindevertretung zurückverwiesen. Der Rechtsanwalt zieht sein Ansuchen um Genehmigung der Austauschpläne zurück, weil festgestellt wurde, dass die Errichtung von Parkplätzen nicht in dieser Form bewilligungspflichtig ist.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR Auer

- stellt fest, dass die Schülerbeförderung unbedingt wie bisher weitergeführt werden muss, speziell im Winter ist die Gefährdung der Kinder sehr hoch und der Weg unzumutbar.
- Bezüglich Rizner stellt er die Anfrage, ob die Sache jetzt erledigt ist, oder ob das Verfahren weiterbetrieben wird.
- Die Feststellung des verkehrstechnischen Amtssachverständigen bezüglich der 80 km/h zwischen Lehen und dem Ortskern ist mehr als fragwürdig und es muss wohl nicht erst etwas passieren, bis die BH aktiv ist.
- Bezüglich der neuerlichen Verkehrszählung im Bereich Stainachstraße stellt er an den Bürgermeister die Anfrage, ob wohl alle Fußgänger und nicht nur die die Landesstraße querenden gezählt werden.

Der Bürgermeister

- bestätigt, dass seitens der Gemeinde beim Referat 6/24 deponiert wurde, alle Benützer des Geh- und Radweg zu zählen.
- Rizner hat die Möglichkeit des außerordentlichen Rechtsmittels, Beschwerde an den Verwaltungs- bzw. Verfassungsgerichtshof. Die Möglichkeit besteht, ob davon Gebrauch gemacht wird entzieht sich seiner Kenntnis.
- Die Schülerbeförderung soll sicher weitergeführt werden, wie ist derzeit aber noch nicht klar

GR Auer erkundigt sich nach der Einsparung durch Reduktion der Konsensmenge beim Wasserband Salzburger Becken

Der Bürgermeister gibt an, dass eine kostenmäßige Einsparung noch nicht berechnet wurde – es wurde nur vorab in der Mitgliederversammlung des Wasserverbandes andiskutiert. Fakt ist, dass wir vom Land einen Kostendeckungsausgleich erhalten und die Durchleitung nach Obertrum, Kraiham und Mödlham dem WSB verrechnet wird. Es ist nur auf-

fällig, dass in Relation zu anderen Gemeinden Anthering eine sehr hohe Konsensmenge vereinbart hat.

GR Humer erkundigt sich ob hinsichtlich Parkplatzsituation der Domus GmbH. weitere Schritte folgen, oder ob der jetzige Ist-Zustand so bleibt.

Der Bürgermeister bestätigt, dass die Lage der vorgeschriebenen Parkplätze nicht bewilligungspflichtig ist, wichtig ist dass alle 6 vorgeschriebenen da sind, egal wo.

GR Humer spricht sich gegen die Einstellung der Schülerbeförderung unter 2 km aus.

GV Schmid

- bezieht die Gefährdung der Entscheidung über einen weiteren Transport der Schüler unter 2 km mit ein.
- regt an, dass die Gemeindevertretung geschlossen eine Resolution für die Verordnung der 80 km/h vorlegen sollte und nicht erst gewartet werden kann, bis etwas passiert

Der Bürgermeister berichtet, dass im Gespräch mit dem Finanzamt das Thema Gefährdung angesprochen wurde, für Anthering aber zu 100% eine Berücksichtigung im Sinne der Definition von „Gefährdung“ ausgeschlossen ist.

Die Anregung der gemeinsamen Resolution ist eine gute Idee und würde sicher der Sache dienlich sein, weil nur dass weniger als 85% zu schnell fahren, muss das nicht bedeuten, dass die Gemeindevertretung diese Ansicht teilt und er regt eine Abstimmung an.

GR Frauenlob regt an mit der Resolution noch zu warten, bis der Geh- und Radweg fertiggestellt ist, weil dann wahrscheinlich eine 80 km/h Verordnung nicht mehr notwendig ist, weil die Gefährdung dann nicht mehr gegeben ist.

Es entsteht eine allgemeine Diskussion

Der Bürgermeister stellt fest, dass es auf alle Fälle gut wäre, wenn die BH davon in Kenntnis gesetzt wird, dass die Gemeindevertretung die Ansichten des Amtssachverständigen nicht teilt. Er schlägt vor, am Ende der Diskussion des Berichtes des Bürgermeisters, eine Abstimmung über die Resolution zu machen.

GR Frauenlob

- gibt zu Bedenken, ob die Versorgung mit Trinkwasser durch die WSB bei Ausfall der Versorgung durch die Wassergenossenschaft auch nach Reduktion der l/sec noch gewährleistet ist.
- merkt an, dass wenn die Abteilung 11 feststellt, dass eine Gebührenreduktion im Bereich Abwasser unzulässig ist, sich die Gemeinde daran halten soll und die Kosten für die Produktion sowieso auf den Konsumenten umgelegt werden.

GV Canaval stellt fest,

- dass die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit der Amtssachverständigen oft sehr fragwürdig erscheint und sie auch niemals haftbar für ihre Feststellungen gemacht werden können.
- dass die Wasserversorgung im Gemeindegebiet durch die langwierige Entkeimung schon einmal fast ausgefallen ist und das sollte man bei der Entscheidung auf Reduktion der Konsensmenge berücksichtigen.

- dass wenn es exakte Bestimmungen hinsichtlich der Beförderung von Schülern unter 2 km Wegstrecke gibt, die Gemeinde Anthering die anteiligen Kosten übernehmen wird, eine Gefährdung ist zweifelsohne vorhanden, dazu braucht es keinen Sachverständigen.

Der Bürgermeister spricht sich auf jeden Fall dafür aus die Strecken als „gefährlich“ zu behaupten, die Meinung eines Amtssachverständigen muss nicht kritiklos hingenommen werden.

GV Nöhmer bekundet, dass auch über den vorgegebenen 2 km im Ortsbereich Wald ein Schüler wohnt, der von seinen Eltern zur bzw. von der Schule geholt werden muss, weil kein Schülerbus fährt und stellt fest, das auch das unter „unzumutbar“ fällt. „Für solche Fälle sollte auch eine Lösung gefunden werden. Nähere Informationen diesbezüglich liegen aber keine vor, der Fall wird geprüft.“

GV Hofer spricht sich vehement für eine Verordnung der 80 km/h auf der Landesstraße aus, eine Resolution wäre wichtig und befürwortet eine Beibehaltung der Schülerbeförderung wie bisher.

GV Luginger Franz erkundigt sich ob in Zukunft in der Bauplatzerklärung besser definiert werden muss, wo die Parkplätze sein sollen und ob durch die Regelung mit den 2 km bei der Schülerbeförderung vielleicht die Möglichkeit den Geh- und Radweg nach Acharting schneller zu realisieren.

Lt. Bürgermeister ist dadurch eine schnellere Realisierung des Geh- und Radweges eher nicht wahrscheinlich. Es wird notwendig sein zusammen mit dem Finanzamt einen Plan zu erarbeiten um welche Gebiete es sich handelt und wie die Problematik gelöst werden kann. Die Parkplätze sind in der Bauplatzerklärung gar nicht fixiert nur die Bebauungsgrundlagen, in der Baubewilligung sind die Parkplätze eingezeichnet, sie können aber offensichtlich ohne Bewilligung woanders errichtet werden.

GV Canaval erkundigt sich, ob derzeit nicht auch schon eine schulische Nachmittagsbetreuung angeboten wird

Der Bürgermeister erörtert, dass derzeit im Rahmen der alterserweiterten Gruppe eine Schulkindgruppe mit „Beaufsichtigung“ geführt wird, die schulische Nachmittagsbetreuung wäre gleichzusetzen mit Unterricht am Nachmittag im Rahmen der Schule mit Lehrern, sie müssen jedoch dann bis 16 Uhr in der Schule bleiben. Der Bund zahlt das Personal, alles andere ist wieder Sache der Gemeinde, wie auch die Ferienregelung ganz bei der Gemeinde bleiben würde.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt abschließend fest, dass die Gemeindevertretung einstimmig dafür ist, eine Resolution verfassen, dass die Gemeindevertretung mit der Stellungnahme des Amtssachverständigen nicht einverstanden ist und weiterhin die Forderung besteht, im Bereich der Landesstraße zwischen Lehen und dem Dorf 80 km/h zu verordnen. Die Gemeindeverwaltung wird diese verfassen und mit den Fraktionen abstimmen.

Der Vizebürgermeister übergibt den Vorsitz wieder an den Bürgermeister, dieser dankt dem Vizebürgermeister für die Vorsitzführung.

Zu Punkt 4.)

Der Bürgermeister berichtet, dass die Jahresrechnung für das Jahr 2007 bereits von der Abteilung 11 überprüft und von dieser als in Ordnung befunden wurde, ebenfalls wurde die Jahresrechnung in der Sitzung des Gemeindevorstandes vom 7. Mai 2008 durchgearbeitet. Die Kundmachung für die Dauer einer Woche an der Amtstafel erfolgte in der letzten Woche, niemand hat Einschau gehalten.

Der Bürgermeister übergibt das Wort an den Kassenleiter Pirner. Der Kassenleiter berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation (diese liegt diesem Protokoll bei) über die Jahresrechnung für das Jahr 2007:

Die Summe der Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt ergibt für das Jahr 2007 einen Ist-Fehlbetrag von € -27.946,21.

Das Jahresergebnis des AOH ergibt einen Ist-Überschuss von € 74.337,38.

Tatsächlicher Kassenbestand 31.12.2007: € - 2.329,55.

Personalaufwand beträgt gesamt € 958.377,99 das sind 19,9% der Gesamtausgaben im Ordentlichen Haushalt.

Der Kassenleiter berichtet über die realisierten Vorhaben im Außerordentlichen Haushalt und wie diese finanziert wurden.

An Subventionen wurden insgesamt € 43.879,79 aufgewendet, Details lt. Folie.

Der Schuldenstand wurde von € 6.417.222,-- am 31.12.2006 auf € 5.980.620,-- am 31.12.2007 reduziert. Der Zinsaufwand betrug € 261.626,--.

Das Kommunalsteueraufkommen ist um ca. 16,5% gestiegen, es wurden € 555.578,-- eingenommen, mit der gestiegenen Finanzkraft verbunden ist aber der Wegfall der Zuweisung nach § 21 FAG.

Weiters berichtet der Kassenleiter über die Haftungen, den Dienstpostenplan, das Anlagevermögen, den Kostendeckungsgrad im Bereich Schwimmbad, Kindergarten, alterserweiterte Gruppe, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Müllentsorgung.

Die freie Budgetspitze beträgt 5,99 % der bereinigten ordentlichen Einnahmen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Humer findet die generelle Entwicklung der Gemeindefinanzen sehr positiv, besonders, dass wir nun trotz der vielen Investitionen der letzten Jahre, den Schuldenstand weiter reduzieren konnten. Viele große Ausgaben im Bereich der Transferzahlungen an das Land sind leider nicht zu beeinflussen, von der Gemeindeseite her wird sparsam und zweckmäßig gewirtschaftet. Seitens der SPÖ sind keine Fragen offen, dem Rechnungsabschluss 2007 wird deshalb von der SPÖ Fraktion zugestimmt. Abschließend dankt er dem Kassenleiter und seinem Team für die gute Arbeit.

GR Auer stellt für die ÖVP-Fraktion fest, dass die Entwicklung des Schuldenstandes sehr positiv ist und die ÖVP dem Rechnungsabschluss zustimmen wird. Auch er dankt dem Kassenleiter und der Gemeindeverwaltung für die gute Arbeit.

GV. Canaval stellt zur Jahresrechnung 2007 generell fest, dass es ein sehr erfreuliches Konsolidierungsbudget ist, es mit den Schulden bergab geht. Allerdings ist er nach wie vor dagegen, dass so viel Geld zum Wasserverband und zum Reinhaltverband fließt, die Gebärung der Verbände nach wie vor ein Geheimnis ist und daher wird die Liste für sparsame Verwaltung – wie auch schon in den Vorjahren - der Jahresrechnung 2007 deshalb nicht zustimmen. Einer weiteren Ausgliederung in welcher Form auch immer wird die LFSV nicht zustimmen, da dadurch nur der Zugriff auf wichtige Informationen nicht mehr gegeben ist. Er fordert eine Beilage dieser ausgegliederten Betriebe wie SAB, RHV und WSB in der Form der Jahresrechnung der Gemeinde, die auch vom Ü-Ausschuss der Gemeinde geprüft werden können. Bei der Größe unseres Kanalnetzes ist zu Bedenken, dass bei einer weiteren Entwicklung der Energiekosten diese an den Endverbraucher überwältzt werden und dies zu einer Verteuerung führen kann.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Jahres- und Geschäftsberichte von RHV, SAB und WSB im Gemeindeamt aufliegen und jeder gerne Einsicht nehmen kann. Das große Thema beim Kanal wird nicht der Energieverbrauch werden, sondern eher die bauliche Instandhaltung und die Trennung des Oberflächenwasser.

Weitere Wortmeldungen folgen nicht.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich bei Gegenstimme des GV Canaval und des GV Ing. Köpfelsberger folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters, wird die Jahresrechnung 2007 in der vorliegenden Form genehmigt.“

Zu Punkt 5.)

Die Amtsleiterin Eva Hofmann geht mit Ende Juli in Mutterschutz und ist ab Ende Juni aufgrund ihres Resturlaubes nicht mehr im Dienst.

Es wird daher vorgeschlagen, nach § 46, Abs. 4 der Salzburger Gemeindeordnung, befristet für die Dauer der laufenden Funktionsperiode des Bürgermeisters, den derzeitigen Leiter der Finanzverwaltung, Herrn Andreas Pirner, ab 1. Juli 2008, zu bestellen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR Auer begrüßt eine Nachbesetzung aus der eigenen Gemeindeverwaltung

GV Canaval begrüßt dies ebenfalls und stellt anerkennend fest, dass die Gemeindeverwaltung hervorragend und sehr bürgerfreundlich arbeitet.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters, wird, befristet auf die laufende Funktionsperiode des Bürgermeisters, der derzeitige Leiter der Finanzverwaltung Herr Andreas Pirner ab 1. Juli 2008 als Amtsleiter bestellt“

Zu Punkt 6.)

Herr Franz Hauser, Bahnhofstraße 21, hat ein Ansuchen um Freigabe des Aufschließungsgebietes im Bereich GP 2811/1, KG Anthering, eingebracht. Es handelt sich dabei

um eine Fläche im Ausmaß von 2 333 m² im Bereich der Bergstraße, die Fläche ist derzeit als „Erweitertes Wohngebiet/Aufschließungsgebiet-Verkehr“ gewidmet. Für den Feststellungsbeschluss der Gemeindevertretung, dass der widmungsgemäßen Verwendung keine öffentlichen Rücksichten mehr entgegenstehen, wurde die Vorlage eines Verkehrsgutachtens hinsichtlich der Beurteilung der Verkehrssituation in der Bergstraße durch Errichtung einer Ausfahrt aus der gegenständlichen Liegenschaft gefordert. Diesbezüglich wurde von DI Peter Berger ein Gutachten mit Datum vom 13. 8. 2007, Zl. 1168/2007, vorgelegt. In diesem Gutachten sind die erforderlichen Auflagenpunkte zur Errichtung einer Grundstücksausfahrt enthalten.

Diese Auflagenpunkte laut Gutachten sind Grundlage des Freigabebeschlusses durch die Gemeindevertretung.

Im Zuge der weiteren Gespräche hat sich herausgestellt, dass ein Auflagenpunkt, nämlich das Zurückschneiden der Hecke westlich des gegenständlichen Grundstückes, nicht möglich ist. Aus diesem Grunde wird vom Gutachter DI Berger als Alternative anstatt des Zurückschneidens der Hecke die Anbringung eines vereisungs- und beschlagsfreien Verkehrsspiegels auf der der Ausfahrt gegenüberliegenden Seite vorgeschlagen. Aus Sicht des Gutachters ist damit eine verkehrssichere Ausfahrt in die Gemeindestraße (Bergstraße) möglich.

Der gegenständliche Sachverhalt wurde zur Vorprüfung an die Abteilung 7 des Amtes der Salzburger Landesregierung hinsichtlich der vorgeschlagenen Verkehrslösung zur schriftlichen Stellungnahme übersandt. Der zuständige verkehrstechnische Sachverständige stellt zusammenfassend fest, dass in Abwägung der genannten Umstände der Anbringung eines Verkehrsspiegels als Hilfe für den in die Bergstraße einbiegenden Fahrzeuglenker zugestimmt werden kann. Damit wäre die verkehrliche Erschließung des gegenständlichen Grundstückes im Sinne des Gutachtens des DI Peter Berger gegeben.

Die Ver- und Entsorgungsleitungen sind in der Bergstraße vorhanden und werden durch Errichtung der Hausanschlüsse sichergestellt.

In der Sitzung des Bau- und Raumordnungsausschusses am 13. Mai 2008 wurde daher eine positive Erledigung des Ansuchens um Freigabe des Aufschließungsgebietes befürwortet.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Freigabe des Aufschließungsgebietes im Bereich GP 2811/1, KG Anthering, unter Vorschreibung der Auflagenpunkte lt. Gutachten des Peter Berger vom 13. 8. 2008, Zl. 1168/2007, sowie des Ergänzungsgutachtens vom 26. 11. 2007, Zl. 1168-1/2007, zu beschließen.

Die Aufstellung eines Bebauungsplanes der Grundstufe kann auf Grund der gegebenen Baulücke entfallen, zumal die genannte Fläche in 3 Parzellen geteilt wird und 3 Einzelobjekte errichtet werden.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Humer stellt fest, dass mit der geplanten Lösung einerseits den Interessen des Grundstückseigentümers entsprochen werden kann und andererseits auch die Wünsche der Gemeinde nach einer Einzelhausbebauung erfüllt werden können und die angedachte Zu- und Abfahrt über die Hangstraße, damit vom Tisch ist. Dies würde einerseits dem Be-

schluss die Hangstraße nicht mehr zu belasten widersprechen und andererseits wäre damit die Gefahr weiterer Siedlungsbauten verbunden.

GR Frauenlob spricht sich gegen diese Lösung aus, weil die geplante Ausfahrt eine weitere große Gefahrenstelle im Bereich der Bergstraße darstellen würde. Eine Teilaufschließung über die Hangstraße wäre sicherer und längerfristig sinnvoller gewesen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass die Ausfahrt in diesem Bereich auf der Kurveninnenseite sicher nicht optimal aus der Sicht der Verkehrssicherheit ist, es waren diesbezüglich auch unzählige Gespräche und Verhandlungen notwendig. Faktum ist aber, dass eine Baulandwidmung vorhanden ist und mit den Auflagepunkten lt. Gutachten und Anbringung eines Spiegels ist die bestmögliche Lösung gefunden worden.

GR Gschaider stellt hierzu fest, dass eine landwirtschaftliche Nutzung dieses Grundstückes nur sehr schwer und unter hoher Belastung der Anrainer möglich ist und auch aus dieser Sicht eine Einzelhausbebauung die beste Lösung ist.

GR Auer befürwortet eine Bebauung mit Einzelhäusern und sieht in diesem Zusammenhang im Gegensatz zu einer Verbauung mit Mehrfamilienhäusern, keine verkehrstechnischen Schwierigkeiten im Kreuzungsbereich.

GV Luginger Franz gibt zu Bedenken, dass Differenzen und die schwierigen Verhandlungen der beteiligten Grundstückseigentümer und Anrainer nicht Sache der Gemeinde sein können, es stehe nicht an, für den langwierigen und von Gutachten gekennzeichneten Verfahrensweg, die Gemeinde verantwortlich zu machen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich bei Gegenstimme des GV Luginger Franz und des GR Frauenlob folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters, wird die Freigabe des Aufschließungsgebietes im Bereich GP 2811/11, KG Anthering, unter Vorschreibung der Auflagepunkte lt. Gutachten des Dipl.Ing. Peter Berger vom 13.8.2008, Zl. 1168/2007, sowie des Ergänzungsgutachtens vom 26.11.2007, Zl. 1168-1/2007, beschlossen. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes der Grundstufe kann auf Grund der gegebenen Baulücke entfallen.“

Zu Punkt 7.)

Im Zuge der Verwaltungsgemeinschaft und der Eröffnung des Seniorenwohnhauses in Bürmoos wurde ein Konzept für die Errichtung eines Tageszentrums für die Tagesbetreuung und –pflege von älteren Mitbürgern in der Region erstellt. Dieses Konzept wurde dem zuständigen Sozialressort des Landes vorgelegt. Das Konzept sieht vor, dass im Seniorenwohnhaus Oberndorf ein Tageszentrum für bis zu sechs Plätze eingerichtet wird.

Das Tageszentrum ist an fünf Wochentagen, Montag bis Freitag, von 8:00 bis 17:00 Uhr geöffnet. Das Sozialressort hat die Einrichtung eines Tageszentrums positiv beurteilt.

Derzeit läuft das für die Genehmigung durch das Land notwendige Verfahren. Die Inbetriebnahme des Tageszentrums ist im Zeitraum zwischen 1. Juli und 1. September 2008 geplant.

Im Lenkungsausschuss wurde das Projekt einstimmig genehmigt.

Die Tageskosten pro Betreuungsplatz sind im Konzept mit € 56,-- geschätzt. Das Land gewährt in vergleichbaren Tageszentren (Kuchl) eine Subvention von € 20,-- pro Tag.

Durch den Tagesgast sollten zwischen € 16,-- und € 26,-- in Form einer sozialen Staffe-
lung übernommen werden.

Der verbleibende Rest wäre durch die Wohnsitzgemeinde zu tragen (zw. € 10,-- u. € 20,--)
Mit den Wohnsitzgemeinden ist geplant, analog der bisherigen Regelung, Übernahmever-
einbarungen abzuschließen.

In den Regionsgemeinden wäre es notwendig, die Übernahme der die Wohnsitzgemeinde
treffenden Kosten prinzipiell zu beschließen.

Es wird daher der Antrag gestellt, einen Grundsatzbeschluss zur Übernahme der die Ge-
meinde Anthering betreffenden Kosten für die Tagesbetreuung von Senioren in Oberndorf
zu fassen.

Der Bericht steht zur Diskussion.

GR Humer sieht in der Tagesbetreuung für die Senioren eine sehr gute Einrichtung und
Möglichkeit zur fallweisen Entlastung der pflegenden Angehörigen.

Der Bürgermeister merkt an, dass neben der Langzeitpflege, der Kurzzeitpflege nun die
Tagesbetreuung eine dritte wichtige Möglichkeit zur Betreuung der Senioren bietet, Start
ist ab Herbst geplant.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Grundsatzbeschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters, wird die Übernahme eines Ge-
meindeanteiles für die tageweise Betreuung von Antheringer Seniorinnen und Senioren im
Altenwohnheim Oberndorf, in der derzeit noch geschätzten Höhe von € 10,-- bis € 20,--
pro Person und Tag, ab Herbst 2008, beschlossen.“

Zu Punkt 8.)

Der Bürgermeister berichtet, dass im Wohnungsvergabeausschuss 15 Wohnungen im Be-
treuten Wohnen zur Vergabe beschlossen wurden und mittlerweile noch 5 Wohnungen frei
stehen.

Es wurde vorberaten, diese Wohnungen auch jungen Bürgern aus Anthering befristet auf
drei Jahre als Startwohnungen anzubieten. Dazu wurden die für das Baulandmodell vor-
handenen Interessenten angeschrieben und es wird notwendig sein darüber im Woh-
nungsvergabeausschuss zu beraten. Vor der Übergabe am 3. Juli sollte die Beschlussfas-
sung über die Vergabe der restlichen Wohnungen vorliegen, dazu wäre aber nach der
derzeitigen Regelung eine Einberufung einer weiteren Gemeindevertretungssitzung Ende
Juni notwendig. Es sollten daher die bereits vorliegenden Vergaben heute beschlossen
werden und für die restlichen 5 Wohnungen der Wohnungsvergabeausschuss ermächtigt
werden selbst die Vergabe zu beschließen.

Der Bericht steht zur Diskussion.

GV Hofer merkt an, dass es nicht sein kann, dass Wohnungen leer stehen bleiben und
damit nicht jedesmal bei einer Änderung der Wohnungsverbagen eine Gemeindesitzung
einberufen werden muss, ist die Ermächtigung des Wohnungsvergabeausschusses wich-
tig.

GR Frauenlob gibt zu Bedenken, dass überall wo Alt und Jung so eng nebeneinander le-
ben Spannungen und Konflikte sehr wahrscheinlich sind.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Gemeinde das Einweisungsrecht hat und sonst Nicht-Antheringer gefunden werden müssen, Fakt ist, dass die HÖ ab 3. Juli die künftigen Mieter wissen möchte.

GV Canaval merkt an, dass die Vergaben bisher sehr gut gelaufen sind und der Bedarf am „Betreuten Wohnen“ sicher in den nächsten Jahren noch steigen wird; zwischenzeitlich diese Wohnungen an junge Antheringer BürgerInnen zu vermieten ist eine gute Sache.

Weitere Wortmeldungen folgen nicht.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Antrag und Bericht des Bürgermeisters, wird der Wohnungsvergabeausschuss ermächtigt, die Wohnungsvergaben für das Objekt „Betreutes Wohnen“ zu beschließen.“

Zu Punkt 9.)

Der Bürgermeister bittet den Obmann des Sozialausschusses GV Schmid um seinen Bericht:

GV Schmid berichtet anhand des Protokolls:

- Der Sozialausschuss hat am 24. April getagt
- Hilfestellungen für diverse Ansuchen wurden geboten
- Ausflug bei der Firma Gourmet, die das tiefgekühlte Essen fürs rote Kreuz herstellt
- Vorführung der Notfallpiepser des roten Kreuzes, Vertrieb auch über das Hilfswerk
- Gemeinsame Veranstaltung mit der Schule „Sehen und gesehen werden“
- Aktion der Bundes „Seniorenfreundliche Gemeinde“
- ORF die Aktion „Vor den Vorhang“, gemeint für Armela Schober
- bei der Gebietskrankenkasse gibt es seit kurzem „Case-Manager“, diese speziell ausgebildeten Personen unterstützen den Patienten auf seinen Behördenwegen und stellen eine optimale Versorgung und Ausnutzung aller Möglichkeiten sicher.
- Informationsveranstaltung zur geplanten Gründung des „Sozialverein Anthering“
- Tagesbetreuung für Senioren in Oberndorf

Der Bericht steht zur Diskussion.

GR Humer informiert über Tätigkeit und Ausbildung eines „Case-Managers“.

Der Bürgermeister bittet den Obmann des Bauausschusses GR Schörghofer um seinen Bericht:

GR Schörghofer berichtet anhand des Protokolls:

- Der Bauausschuss hat am 13. Mai getagt
- Von Dipl.Ing. Putschi wurde das Projekt über die Belastung der Abwasserentsorgungsanlagen und des geplanten Trennsystems vorgelegt.
- Freigabe des Aufschließungsgebietes auf GP 2811/1, KG. Anthering
- Diverse Raumordnungsangelegenheiten (Solaranlage Meinwolf)
- Umwidmung Familie Angerer in Acharting
- Ansuchen von Familie Macherhammer um Umwidmung im Bereich Fichtenweg
- Ansuchen von Kühleitner Andreas um Errichtung von zusätzlichen Lagermöglichkeiten für die Kfz-Werkstatt

- Erweiterungsbau Hotel Ammerhauser

Der Bericht steht zur Diskussion.

GV Schmid erkundigt sich, ob auch Entsorgungsanlagen des RHV das Projekt des Dipl.Ing. Putschi betreffen.

Der Bürgermeister verneint dies und erörtert, dass es sich hierbei nur um das Kanalnetz der Gemeinde handelt.

GR Frauenlob erkundigt sich, wie die Sanierung und der Umbau des Kanalnetzes finanziert werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass dieses Projekt abgesehen von Fördermitteln des Bundes ausschließlich von der Gemeinde selbst zu finanzieren ist. Dazu werden die vereinnahmten Benützungsentgelte der Steuerpflichtigen verwendet.

Es folgt eine allgemeine Diskussion über die Abwasserentsorgung.

Der Bürgermeister bittet den Obmann des Wohnungsvergabeausschuss GR Humer um seinen Bericht:

GR Humer berichtet anhand des Protokolls:

- Der Wohnungsvergabeausschuss hat am 19. Mai getagt
- Vergabe einer 2-Zimmerwohnung am Sonnenweg von Gschwandtner an Schwaiger Thomas
- Wohnungsvergaben beim Betreuten Wohnen und weitere Vorgehensweise bei den noch verbleibenden Wohnungen

Der Bericht steht zur Diskussion.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister dankt den Mitgliedern der Ausschüsse für Ihre Arbeit.

Zu Punkt 10.)

Der Bürgermeister berichtet:

- Nächster Termin Wohnungsvergabeausschuss am Mittwoch, den 11. Juni
- Einladung Seniorenwohnhaus Bürmoos am 1. Juni, Einladung an GV ist zugegangen
- Gstanzlsingen am 31. Mai
- 24. Juni um 19:30 Uhr ist die Gründungsversammlung Sozialverein beim „Kernei's Mostheurigen“ geplant. Die Satzungen sind zur Vereinsgründung eingeschickt worden, wichtig, dass für die Übergabe beim Betreuten Wohnen am 3. Juli der Sozialverein schon aktiv ist
- Bepflanzung der Verkehrsinseln im Gemeindegebiet wird jetzt von der Lebenshilfe Oberndorf durchgeführt

GV Schmid stellt fest, dass die letzten Protokolle der Gemeindevertretungssitzung im Internet nicht mehr verfügbar sind.

Der Bürgermeister antwortet dazu, dass das geprüft wird und nachgetragen wird.

GV Hofer spricht seinen Unmut über die beschämenden und teilweise beleidigenden Reaktionen auf die sachliche und richtige Aussage des Bürgermeisters anlässlich des Ankaufes des neuen Rüstlöschfahrzeuges aus.

Der Bürgermeister ergänzt, dass das ausgesendete Interview nicht in der vollen Länge ausgesendet wurde, er natürlich hinter der Feuerwehr steht. Die Kritik sollte sich gegen die vorgeschriebenen Mindestausstattungen richten ohne zu hinterfragen, ob es sich erstens die Gemeinde leisten kann und zweitens ob überhaupt alles notwendig ist, wenn die Nachbargemeinde über dieselbe Ausstattung verfügt.

Es folgt eine allgemeine Diskussion.

GR Schörghofer teilt mit, dass am Freitag, den 6. Juni die Generalversammlung der Raiffeisenbank Anthering stattfindet und ersucht um Besuch.

Da die Tagesordnung erschöpft ist und keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Bürgermeister um 22:15 Uhr die Sitzung.

Der Schriftführer

Der Bürgermeister

Für die ÖVP

Für die SPÖ

Liste f. sparsame Verwaltung